



Blatt-Nr. 114. 11. Sgr. In der Expedition zu haben. In der Expedition zu haben. In der Expedition zu haben.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Buch- und Briefhandlungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 2. Mittag-Ausgabe.

Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 2. Januar 1864.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 1. Jan. Bei dem heute stattgehabten Empfange des diplomatischen Corps sagte der Kaiser ungefähr Folgendes:

„Ich danke dem diplomatischen Corps für seine Wünsche. Sie sind eine glückliche Vorbedeutung für das Jahr, in welches wir eintreten. Ungeachtet der Schwierigkeiten, welche gewisse Ereignisse in verschiedenen Welttheilen herbeigeführt haben, hege ich das Vertrauen, daß jene Schwierigkeiten durch den persönlichen Geist, welcher die Souveräne befehlen, werden geebnet werden, und daß der Frieden erhalten bleiben wird.“

London, 1. Jan. „Morning Herald“ versichert, daß am Mittwoch Depeschen von hier mit der Erklärung nach Berlin und Wien abgegangen: England würde verpflichtet sein, Dänemark gegen einen etwaigen Eingriffsvorstoß in dessen Territorialrechte moralisch und materiell beizustehen. (In andern Worten schon früher gemeldet.)

Hamburg, 1. Jan. Nach der „Berlingste Eidenbe“ von gestern ist in Kopenhagen folgendes Ministerium vorläufig gebildet: Monrad Conseilpräsident, Finanzen und vorläufig auch Aeußeres; Lundbye Krieg; Lütken Marine; Engelstoft Kirche, Caffe Justiz; Nuphorn Inneres. Simon übernahm interimistisch das Ministerium des Herzogthums Schleswig. Der Gesandte am Berliner Hofe, Kammerherr v. Duade ist per Telegraph von Berlin hierher berufen, vermutlich, um das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen.

Die Novemberverfassung ist bis jetzt noch nicht zurückgenommen.

Riel, 1. Jan. Gestern empfing Herzog Friedrich Deputationen von hier, aus Altona, Wandsbeck, Plön, Segeberg, Wilster, Neumünster und anderen holsteinischen Städten; Huldigungsadressen aus Norstorf und Rendsburg, sowie eine große Anzahl einzelner Personen. Abends war ein glänzender Fackelzug. Heute wurde eine Deputation aus Tzeboe empfangen. Die Kister Damen werden dem Herzog eine Fahne überreichen. Heute Abend ist Festvorstellung im Theater.

London, 1. Jan. Nach Berichten aus Shanghai vom 25. November liegen die Dinge in Japan sich friedlicher an. Der Prinz Satsuma hat sich erboten, zur Beilegung des Conflictes mit den Engländern eine Entschädigungssumme zu zahlen und dem ermordeten Richardson ein Denkmal zu errichten.

Wien, 31. Dezbr. Nach Berichten aus Bukarest vom 30. hat die Regierung in der letzten Kammer Sitzung einen Extracredit von sechs Millionen Pfster zur Errichtung einer Gendarmerie und anderer Sicherheitswächter, und von 70 Millionen zur Bezahlung der den Klöstern bewilligten Summen, zur Anschaffung von Material für die Armee und zur Bezahlung von Schulden des Vorjahres gefordert.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

21. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (31. Dezbr.)

Die Tribünen sind lange vor Eröffnung der Sitzung dicht gefüllt, die Bänke im Saale selbst nur spärlich besetzt. Am Ministertische die Minister v. Bismarck, v. Bodelschwingh, v. Selchow.

Vize-Präsident v. Unruh eröffnet in Abwesenheit des Präsidenten Grabow die Sitzung gegen 12 1/2 Uhr mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Neu eingetretten ist in Folge seiner zu Schlesingen erfolgten Wiederwahl Hr. v. d. Heubt; sein Mandat hat in Folge seiner Berufung in das Herrenhaus der Abg. Prof. Dr. Schuber niedergelegt.

Vom magdeburger conservativen Verein ist eine Erklärung gegen die Adresse des Hauses eingegangen.

Der Vize-Präsident theilt mit, daß er in der zuversichtlichen Erwartung der Zustimmung des Hauses sich an den k. Hofmarschall Grafen v. Büdler gewendet habe, um die Willensmeinung Sr. Majestät des Königs einzuholen, ob und wann derselbe geneigt sei, das Präsidium beauftragt darbringung der ehrfurchtsvollen Glückwünsche des Hauses beim Jahreswechsel zu empfangen. — Der Hofmarschall Graf v. Büdler hat unterm gestrigen Datum den Vize-Präsidenten benachrichtigt, daß Sr. Majestät „durch Gesundheits-Rücksichten leider verhindert“ seien, das Präsidium des Hauses am Neujahrstage zu empfangen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein; einziger Gegenstand derselben ist die Verhandlung der Antwort Sr. Maj. des Königs auf die Adresse des Hauses.

Vize-Präsident v. Unruh theilt den seinem wesentlichen Inhalte nach bereits bekannten Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten Grabow und dem Ministerpräsidenten v. Bismarck wegen Ueberreichung der vom Hause beschlossenen Adresse an Sr. Majestät mit; das erste Schreiben des Ministerpräsidenten, worin derselben ankündigte, er werde die Befehle Sr. Majestät einholen, ist in der Sitzung vom 19. d. M. bereits verlesen; das zweite vom 19ten datirt, lautet:

„In Verfolg meines gestrigen Schreibens benachrichtige Ew. u. f. w. ergebenst, daß Sr. Majestät der König die schriftliche Einfindung der von dem Hause der Abgeordneten beschlossenen Adresse wünscht und mit Befehlen hat, Ew. u. f. w. hiervon in Kenntniß zu setzen.“

Indem ich mich dieses allerhöchsten Auftrages entledige, stelle ich Ew. Hochwohlgebornen ergebenst anheim, die Adresse entweder durch meine Vermittelung oder direct an Sr. Majestät gelangen lassen zu wollen.“

Der Präsident des Staatsministeriums v. Bismarck.

Nach Empfang dieses Schreibens hat Präsident Grabow die Adresse mit einem kurzen Begleitsschreiben an den Ministerpräsidenten überant, und letzterer hat, wie bereits gemeldet, am Sonntag Abend die Antwort des Königs ebenfalls mit einem kurzen Begleitsschreiben an das Präsidium geschickt.

Der Vize-Präsident verliest darauf — Haus und Tribünen erheben sich — die Antwort (f. unten) und schließt mit dem Vorschlage, dieselbe derjenigen Commission zu überweisen, aus welcher der Abrethentwurf hervorgegangen ist, d. h. der Anleihe-Commission. Das Haus ist damit einverstanden.

Ministerpräsident v. Bismarck legt einen mit der herzoglich sachsen-altenburgischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag, betreffend den Austausch des unter preussischer Hoheit lebenden Theiles des Dorfes Königshofen im Kreise Weiskens gegen die Sachsen-Altenburg gehörenden Theile der Dörfer Wiltschütz und Grafendorf nebst Motiven dem Hause zur verfassungsmäßigen Genehmigung vor.

Die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage wird, nachdem Abg. v. Könnig seinen beschalligen Widerspruch zurückgezogen, der nächsten Sitzung vorbehalten.

Finanzminister v. Bodelschwingh bringt einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Staatsregierung ermächtigt wird, 70,000 Thlr. zum Ankauf eines Grundstückes und Gebäudes in der Stadt Königsberg zu verwenden. Die Arbeiten an der Königsberg-Pillauer Eisenbahn nämlich eine Verlegung des Hauptpforts und der Provinzial-Eisen-Direction notwendig gemacht; zugleich sollen die Pachtgebäude in einer dem Bedürfnisse entsprechenden Weise erweitert werden. Die Regierung, sagt der Herr Minister hinzu, habe es bei Anwesenheit des Landtages für zweckmäßig erachtet, in einer besonderen Vorlage die Bewilligung dieser außerordentlichen Ausgabe, die sich erst nach der Einbringung des Etats als notwendig herausgestellt habe, zu verlangen. — Die Vorlage geht ohne Widerspruch an die Budget-Commission.

Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung: Montag, 4. Januar 1864, 12 Uhr. Tagesordnung: Die Berichte der Budget-Commission über die Etats der Marine-Verwaltung, des Ministeriums des Innern und des Cultusministeriums, ferner Fortsetzung der Verhandlung des ersten Berichtes der Petitions-Commission (Hector Markus in Gumbinnen u. f. w.), endlich der zweite Petitions-Bericht der Gemeinde-Commission.

Berlin, 31. Dez. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Landrath und Polizei-Director Haslacher zu Nachen den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Secunde-Lieutenant, mit dem Charakter als Premier-Lieutenant, Schmidt, à la suite der Garde-Javaliden-Compagnie, den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Buchhändler und Buchdruckerbesitzer, Kommerzienrath Adolph Wilhelm Hahn zu Berlin und dem Schriftsteller Hefstiel ebendasselbst, den königl. Kronen-Orden vierter Klasse, so wie dem Förster Kuedenthal zu Hadeborn im Kreise Wangleben das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Bureau-Vorsteher bei der Provinzial-Eisen-Direction in Münster, Rechnungs-Rathe Salzer, bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Charakter als Geh. Rechnungs-Rath zu verleihen.

Die Ernennung des Kreisgerichts-Rath Diepenbrod in Wesel zum Rechtsanwalt in Hattingen und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Hamm ist zurückgenommen und dagegen der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Michels zu Hamm in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Bochum mit Anweisung seines Wohnsitzes in Hattingen versetzt worden.

Die königlichen wissenschaftlichen Prüfungs-Kommissionen sind auf das Jahr 1864 zusammengestellt: Für die Provinzen Schlesien und Posen, in Breslau. Direktor: Dr. Semisch, Professor, zugleich Mitglied der Kommission. Mitglieder: die Professoren Dr. Elvenich, Dr. Friedlieb, Dr. Schmölbers, Dr. Schröder, Dr. Grube, Dr. Cybulski, Dr. Herß, Dr. Juntmann.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Kammerherrn Freiherrn Raiz von Frenz auf Garath die Erlaubnis zur Anlegung des von des Großherzogs von Baden königliche Hoheit ihm verliehenen Commandeurkreuzes zweiter Klasse des Jähringer Löwen-Ordens mit Eichenlaub zu ertheilen. (St.-A.)

Berlin, 31. Dez. [Se. Maj. der König] nahmen heute den Vortrag des Minister-Präsidenten, sowie des Kriegs- und Marine-Ministers und des Militär-Cabinetts entgegen, und empfingen den commandirenden General des zweiten Armee-Corps, General-Lieutenant von Steinmetz.

[Se. Majestät der König] werden aus Gesundheitsrücksichten morgen die sonst gebräuchlichen officiellen Beglückwünschungen nicht entgegennehmen, sondern außer den Gratulationen der königlichen Familie und des königlichen Hofes, nur den General-Feldmarschall Freiherrn von Wrangel, den hier anwesenden Oberbefehlshaber, General der Infanterie v. Werder, den Gouverneur, General der Infanterie von Schack und das königliche Staats-Ministerium in Privat-Audienz empfangen.

[Ihre Majestät die Königin] hat den zoologischen und den botanischen Garten besichtigt. — Den Kammerherren dienst bei Ihrer Majestät übernehmen vom 1. bis 15. Januar 1864 die königlichen Kammerherren Freiherr v. Gerßdorf und Graf Keller. (St.-A.)

[Die von Sr. Majestät dem Könige ertheilte Antwort] auf die Adresse des Abgeordnetenhauses lautet wie folgt:

„Ich habe den Inhalt der Adresse, welche das Haus der Abgeordneten in Betreff der dänischen Angelegenheit an Mich gerichtet hat, mit der Sorgfalt erwogen, welche Ich bereitwillig den Wünschen und Ansichten des Hauses zuwende.“

Wenn an die Spitze dieser Adresse der Satz gestellt worden ist, daß das Haus der Abgeordneten bereits die Richtung bezeichnet habe, welche einzuhalten Deutschlands Ehre und Interessen gebieten, so will Ich annehmen, daß damit der Mir nach der Verfassung und den Gesetzen des Landes zustehenden Entscheidung über die Beziehungen der Monarchie zum Auslande nicht hat vorgegriffen werden sollen.

Mit diesem Meinem Rechte ist die königliche Pflicht untrennbar verbunden, die Ehre und die Interessen Preußens dem Auslande gegenüber zu vertreten und zu schützen, und Ich weiß, daß Ich Mich in der Ausübung dieser Pflicht auf die bewährte Eingebung Meines Volkes stützen kann; Ich weiß aber auch, daß Ich die Frage, wann Ich dieses Volk zum Kampfe aufzurufen und Gut und Blut von seiner Opferbereitschaft zu fordern habe, mit landesväterlicher Sorgfalt erwägen muß.

Ich würde es mit der Gewissenhaftigkeit in Erfüllung Meines königlichen Berufs nicht vereinbar finden, wenn Ich den höchsten Aufgaben, welche Recht und Verfassung dem Könige stellen, nicht Meine volle und leitende Thätigkeit widmen wollte. Das Haus der Abgeordneten kann daher überzeugt sein, daß die Richtung, in welcher Meine Regierung die auswärtige Politik bisher geführt hat, das Ergebnis Meiner reiflich erwogenen Entscheidungen ist. Ich habe die letzteren gestützt mit Rücksicht auf die von Preußen geschlossenen Verträge, auf die Gesamtlage Europa's und auf unsere Stellung in derselben, aber zugleich mit dem festen Willen, das deutsche Recht in den Herzogthümern zu wahren und für die berechtigten Ziele, welche Preußen zu erstreben hat, erforderlichen Falls mit den Waffen in der Hand einzustehen. In welcher Form und zu welchem Zeitpunkt jedes einzelne zur Erreichung dieser Ziele führende Mittel zur Anwendung zu bringen sein wird, darüber kann die Mir verfassungsmäßig zustehende Entscheidung nur von Mir Selbst getroffen werden. Bei derselben werde Ich Mich von dem unwandelbaren Entschlusse leiten lassen, die Sache der Herzogthümer so zu führen, wie es Preußens und Deutschlands würdig ist, gleichzeitig aber den Verträgen die Achtung zu bewahren, welche das Völkerrecht fordert. Das Haus der Abgeordneten kann nicht von Mir erwarten, daß Ich willkürlich und ohne Beachtung der internationalen Beziehungen Preußens von den 1852 geschlossenen europäischen Verträgen zurücktrete. Die Successionsfrage wird durch den deutschen Bund unter Meiner Mitwirkung geprüft werden, und dem Ergebnis dieser Prüfung kann Ich nicht vorgehen. Bevor dasselbe feststeht, handelt es sich um die Beschaffung der Mittel für die vom deutschen Bunde beschlossenen Executionsmaßregeln und für die im Gefolge derselben etwa nöthig werdenden Vertheidigungsanstalten.

Die Vollziehung des Bundesbeschlusses ist eine dem Staate rechtlich und verfassungsmäßig obliegende Pflicht, und die Gefahren, welche sich aus derselben leicht und schnell entwickeln können, dürfen das Land nicht unvorbereitet treffen. Unter diesen Umständen kann das Haus die schwere Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen wollen, diese ganz unentbehrlichen Mittel zu versagen, oder ihre Bewilligung an Bedingungen zu knüpfen, welche in die zweifellosen Rechte Meiner Krone eingreifen. Ich würde es nicht verstehen, wenn dasselbe Haus, welches Meine Regierung so lebhaft zur Action drängt, in dem Augenblicke und auf dem Felde, wo diese Action eintreten kann und muß, die Mittel zu derselben versagt. Ich würde es um so weniger verstehen, als Meine Gesinnung und Mein Wort dafür bürgen, daß die Mittel, welche Ich zum Schutze des Rechts und der Ehre des Landes fordere, auch diesem Zwecke entsprechend werden verwandt werden. Jeder

Zweifel daran widerspricht dem Vertrauen, welches das preussische Volk in das Wort seiner Könige zu setzen gewohnt ist.

Ich muß das Haus unter mahrender Hinweisung auf den Ernst des Momentes und auf die Wichtigkeit der Entscheidung für die Zukunft des Vaterlandes, zu vertrauensvoller Berathung der Vorlage vom 8. d. Mt. und im Hinblick auf die unaufhaltsame Entwicklung der Thatfachen, zu beschleunigter Bewilligung der für die Erfüllung der Bundespflichten und für die Sicherstellung der Landesvertheidigung unabwendig notwendigen Anleihe auffordern.“

[Zu den Vorgängen vor dem londoner Vertrage] bringt die „Nordd. A. Z.“ Folgendes: In einer Correspondenz der „Kölnischen Zeitung“: „Von der Elbe“, den 24. v. M., werden zu den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus über die seiner Zeit in Frankfurt a. M. mit dem Herzoge von Augustenburg wegen Verzichtleistung auf seine Erbsprüche gegen Rückstattung seiner Besitzungen geführten Verhandlungen folgende Bemerkungen gemacht: „Der damalige Bundesstagsgesandte, Herr v. Bismarck, hatte dem Herzoge, um ihn zu dem sogenannten Verzicht zu bewegen, mitgetheilt, Dänemark werde nur bis zu einem bestimmten Termine warten, dann aber mit der Confiscation der augustenburgischen Güter vorgehen. Zwei auswärtige Mächte hätten das von Dänemark beabsichtigte Verfahren gebilligt.“

Der Correspondent sagt sodann, daß der Herzog, welcher durch diese Mittheilung zur Unterzeichnung der Verzicht-Acte bestimmt worden sei, später gehört hätte, daß die Billigung der dänischen Drohung seitens der beiden fraglichen auswärtigen Mächte nicht stattgefunden habe.

Wir wissen nicht, was der Herr Herzog später gehört hat, aber wir wissen, daß die Acten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten die erwähnten, schriftlich geführten Verhandlungen vollständig enthalten. Derselben ergeben, daß Dänemark gedroht, und daß auswärtige Mächte an die Verwirklichung dieser Drohungen geglaubt haben; sie ergeben nicht, daß dem Herrn Herzoge durch preussische Organe die letztere Thatfache mitgetheilt worden sei; wohl aber, daß der Prinz Albrecht die Lage des Herzogs von Augustenburg als höchst bedenklich ansah, und deshalb Sr. Durchlaucht direkt die Annahme der dänischen Vorschläge als den Interessen des Herzogs entsprechend, empfohlen hat.

Die amtlichen Verhandlungen über diese Angelegenheit werden, wie wir glauben, auf die Dauer nicht der Öffentlichkeit entzogen werden können, und wird dann jeder Unbefangene Gelegenheit haben, sich selbst ein Urtheil in der Sache zu bilden.

[Es ist gar schrecklich.] In ihrem Neujahrsartikel schreibt die „Kreuzzeitung“: „Worauf deuten die Zeichen dieser Zeit? — Ueberall Aufruhr, offen oder im Geheimen; eine Nation erhebt sich wider die andere; die Ordnungen Gottes umgestürzt; allenthalben das Ansehen der Obrigkeit gemindert; die Majestäten verlästert von den Lügenpropheten der Freiheit; Unfriede und Unsicherheit herrschen in allen Ländern. Wenn wir bloß mit menschlichen Augen hinschauen auf dies allgemeine Wirrsal, — nirgends finden wir einen festen Punkt, auf den wir einsehen könnten für die Zukunft, nirgends sicheren Grund, den Anker unserer Hoffnung auszuwerfen.“ (Als in Dmäh. D. Ned.)

[Der Minister des königl. Hauses Hr. v. Schleinitz] ist heute Morgen nach Braunschweig gereist und kehrt morgen wieder zurück.

[Das Staatsministerium] trat heute Mittag zu einer Sitzung zusammen.

[Die Panzerschiffe.] Es haben bekanntlich Unterhandlungen mit der englischen Regierung wegen Ankaufs von Panzerschiffen geschwebt, und es wären dieselben auch zum Abschluß gekommen, wenn nicht die englische Regierung jede Aussicht auf Erlaubnis der Ausfuhr und Aufhebung des Embargo abgelehnt hätte. Es ergibt sich, meint die „Kreuztg.“, daraus von Neuem, daß dieselbe eine Vermehrung deutscher Streitkräfte nicht will.

[Die Gesandten Preußens und Oesterreichs in Kopenhagen] werden diese Stadt sofort verlassen, wenn Dänemark das Grundgesetz vom 18. November d. J. nicht heute (31. Dezember) zurücknimmt.

[Oesterreich und Preußen] haben an die übrigen Unterzeichner des londoner Protokolls eine Note entsendet, welche in Erläuterung ihres am Bunde eingebrachten gemeinsamen Antrags jede Unterfertigung eines aggressiven Charakters desselben abweist, und die eventuelle Occupation Schleswigs als lediglich im Interesse der Sicherung vertragsmäßig von Dänemark übernommener Verpflichtungen darstellt. Die Occupation sei eben so wenig gegen die Ansprüche des Königs Christian gerichtet, als sie die Ansprüche des Erbprinzen von Augustenburg unterstützen solle.

Danzig, 31. Dez. [Der Landrath v. Young.] Es geht der „Danz. Z.“ folgende Erklärung zur Veröffentlichung zu: „Auf dem am 29. d. M. in Strassburg versammelten Kreistage wurde der Landrath v. Young aufgefordert, in das „Kreistblatt“ die hier nachfolgende Erklärung aufzunehmen. Dieses lehnte Landrath v. Young ab und verhinderte die darüber beantragte kreisständische Berathung. Die Unterzeichneten sehen sich daher gezwungen, die nachfolgende Erklärung in andern Blättern zu veröffentlichen: „Der Herr Landrath v. Young hat im Kreisblatt Nr. 52 einen Bericht an den Minister des Innern abdrucken lassen, in welchem Angriffe auf unser Kreistagsmitglied v. Hennig auf Plondott enthalten sind, welche die allgemeine Entrüstung erregt haben. Wäre die in dem Bericht aufgestellte Behauptung wahr, so müßte dies geeignet sein, den v. Hennig in der allgemeinen Achtung, welche er genießt, herabzusetzen. Wir kennen v. Hennig seit langen Jahren und wissen, daß die Beschuldigungen des Landraths von Young unbegründet sind. Wenn Jemand in Folge des durch den Landrath v. Young veröffentlichten Schriftstücks verloren hat, so ist es nicht unser Kreistagsmitglied v. Hennig.“

Krieger auf Karbowo. Freudenfeld auf Chorno. Freudenfeld auf Konnojab. Matthes auf Gutowo. Abramowski auf Schwet. v. Bebringe auf Cielenta. Richter auf Augustenhoff. Hermes auf Wondzin. v. Hennig auf Dembo-malonta.“

Die Verhältnisse im strassburger Kreise beginnen nachgerade die allgemeine Aufmerksamkeit unserer Provinz auf sich zu ziehen. Die Zustände sind dort so abnorm, daß man sie vergeblich mit denen des übrigen preussischen Staates zu vergleichen sucht. Die Vorgänge in Lautenburg sind bereits durch die Interpellation des Abg. v. Hennig Gegenstand der Besprechung im Abgeordnetenhaus gewesen. Eine nähere Untersuchung derselben wird ergeben, ob die Art, wie der Landrath v. Young dort das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit gehandhabt und überhaupt die Polizei geführt hat, die richtige gewesen.

Köln, 29. Dezbr. [Beschlagnahme.] Heute Morgen wurde in mehreren hiesigen Buchhandlungen auf das Renan'sche Buch: „Leben

